Zeitschrift: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte = Société Suisse d'Histoire Economique et Sociale

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Band: 18 (2002)

Artikel: Die AHV-Diskussion in der FDP : die Genese des Sozialliberalismus und die Bemühungen des Freisinns um Orientierung in den 1940er-Jahren

Autor: Ischer, Philipp

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-871982

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Philipp Ischer

Die AHV-Diskussion in der FDP

Die Genese des Sozialliberalismus und die Bemühungen des Freisinns um Orientierung in den 1940er-Jahren

Die allseits wahrgenommene Kriegswende von 1942/43, die in der Niederlage Nazideutschlands vor Stalingrad ihre prägnanteste Verdichtung erfuhr, beeinflusste auch die innenpolitischen Verhältnisse der Schweiz: Die zentrale Differenz bedrohte Schweiz – drohendes nationalsozialistisches und faschistisches Ausland, auf der die die politische Ordnung der Zeit massgeblich bestimmende geistige Landesverteidigung beruhte, überlebte sich zunehmend selbst.[1] Das in den 1930er-Jahren entwickelte Modell der nationalen Integration, das von Kurt Imhof als «identitätsstiftender Loyalitätsverband» charakterisiert wurde, verlor an Kraft.[2] Der allgemeine Gesinnungswandel wird gerade durch das im Dezember 1942 von der SPS vorgestellte Programm der «Neuen Schweiz» und die damit verbundene Rückbesinnung der Linken auf die ihr vertraute politische Oppositionsrolle dokumentiert. Partikularinteressen wurden vermehrt angemeldet, und die Rede von einem neuen Klassenkampf war in aller Munde.[3] Im Hinblick auf die im Oktober stattfindenden National- und Ständeratswahlen gewann das Jahr 1943 zusätzlich an Brisanz, konnten doch allfällige vom politischen Gegenspieler monopolisierte Themenkreise nicht einfach ignoriert werden, da gerade sie im elektoralen Wettbewerb von entscheidender Bedeutung sein konnten.[4] Nicht nur die durch die SPS suggerierte Option einer neuen sozialen und politischen Ordnung, sondern auch das durch das Kriegserlebnis gestärkte Solidaritätsbewusstsein in der Bevölkerung und das positive Erlebnis der Lohn- und Verdienstersatzordnung[5] sowie der international geführte Diskurs zu Fragen der Sozialpolitik bewirkten, dass dieser Themenkreis in den 1940er-Jahren bei der FDP zunehmend eine prominente Rolle einnahm.[6] Dies umso mehr, als er konstitutiver Bestandteil der breit geführten Rede über die helvetische Nachkriegsordnung war.[7]

Die allgemeine internationale wie nationale Entwicklung drängte die FDP immer mehr in die Defensive. Je stärker die geistige Landesverteidigung, zu deren Verteidigerin die FDP wurde, unter Druck geriet, desto grösser wurden die Orientierungsprobleme beim Freisinn.[8] Die Zukunft wurde vermehrt interpretations-

bedürftig, da sie gesellschaftsintern entlang unterschiedlicher und sich konkurrenzierender Interpretationsraster und Erwartungsstrukturen antizipiert wurde. Je vielfältiger die entsprechenden Versionen waren, umso nötiger wurde Orientierung, damit Sicherheit und Vertrauen parteiintern wieder generiert werden konnten. In diesen Zusammenhang ist die freisinnige Rede vom Sozialliberalismus einzuordnen, die zu der Zeit aufkam und die sich sowohl in bürgerlichen Zeitungen als auch in parteiinternen Vorträgen nachweisen lässt. Diese Rede entwickelte sich einerseits als Interpretation freisinnig-helvetischer Geschichte und andererseits als Vorgang der Modifizierung und Rekonstituierung von kognitiven Regeln der Interpretation und Selektion von Informationen, die die Voraussetzung zukunftsorientierten Handelns sind.[9] Ziel des Sozialliberalismus war «die Überwindung der unfruchtbaren Alternative» zwischen freiem, ungehemmtem Kapitalismus und totalitärem Sozialismus/Kollektivismus.[10]

In einer Ansprache, die der Jungfreisinnige A. Schaller an dem am 10./11. April 1943 in Genf veranstalteten freisinnigen Parteitag hielt, verteidigte der Mitinitiator des 14 Punkte umfassenden Sofortprogramms die darin enthaltenen sozialpolitischen Forderungen mit dem Hinweis auf die in der Gesellschaft und speziell in der FDP grassierenden Orientierungsprobleme. So bekamen die Delegierten des Parteitages unter anderem Folgendes zu hören: «Eine latente Unruhe im Schweizervolk, die ihre Hauptursache in dem grossen Zweifel hat, ob die Behörden klar und zielbewusst genug den Weg zu einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung beschreiten oder ob sie nicht am Ende allzu zögernd und mit rückwärts gerichtetem Blick gerade noch das Notwendigste und Unvermeidbare tun, beherrscht nun das Wahljahr 1943. Viele Eidgenossen spüren, dass wir an einer wirklichen Zeitenwende stehen. […] In den übermächtigen Eindrücken, die auf ihn einstürmen, möchte der Schweizer klare Sicht gewinnen; den Weg, den er und die Gemeinschaft zu gehen haben, wenigstens für die nächsten Schritte aufgehellt haben. Die sogenannte ‹Opposition› in den Gefilden der eidgenössischen Politik, die SPS und der Landesring, haben das latente Bedürfnis des Volkes nach ‹Zielsetzung› erfasst und geglaubt, es in Initiativbegehren auswerten bzw. auffangen zu müssen.»[11]

Mit der Annahme des sozialpolitischen Sofortprogramms, das auch die gesetzliche Umsetzung des 1925 verabschiedeten AHV-Verfassungsartikels vorsah, würde sich die FDP, so der Redner, als eine politische Kraft darstellen, die über ihre eigene Vision der Zukunft verfügt. Sie wäre in der Lage, ihren Parteimitgliedern klare gesellschaftspolitische Richtlinien zu geben, womit sie einerseits Orientierung und Zukunftsvertrauen vermitteln und andererseits ihre strategische Position im Gerangel um die gesellschaftspolitische Deutungsmacht, die gerade in den Diskussionen um die helvetische Nachkriegsordnung von eminenter Bedeutung war, stärken würde.[12] Der Parteitag folgte der Argumentation A. Schallers.

Schon bald stand die Debatte um die AHV im Zentrum der öffentlichen Auseinandersetzung um die Sozialpolitik, und spätestens ab 1944 konnte sich auch der Freisinn diesem Diskurs nicht mehr entziehen. Die der FDP nahe stehende *Neue Zürcher Zeitung* gab sich mit dem ersten Artikel, den sie zum Thema AHV publizierte, als klare Befürworterin der Sozialversicherung zu erkennen. Diese Position hielt sie ohne Abweichungen bis zum Abstimmungskampf vom Sommer 1947 durch.
Im Folgenden wird die Genese des Sozialliberalismus thematisiert. Hierbei interessieren sowohl die im Freisinn vorgenommene Neuinterpretation von Geschichte als auch die parteiinternen Bemühungen um Orientierung. Anschliessend wird nach der Gestalt, nach der normativen Aufladung des Sozialliberalismus gefragt. Die Fragestellung soll zudem auf das Verhältnis FDP – AHV bezogen werden. Dabei wird untersucht, wie viel vom FDP-Gedankengut in die AHV-Konzeption einfloss.

Die Genese des Sozialliberalismus

Die Orientierungssuche beim Freisinn war eingewoben in einen kommunikativ verfassten Interpretationsprozess helvetisch-freisinniger Geschichte. Dieser Prozess war interessengeleitet: Er hatte das Ziel, beschädigtes Orientierungswissen via die Genese neuen historischen Sinns zu reparieren. Mittels eines parteiinternen Lernprozesses, der sich an gemachten Erfahrungen und an virulenten Zukunftsängsten abzuarbeiten hatte, wurde das Vertrauen in eine aktive Gestaltung der Zukunft gestärkt.[13] Hierbei erschien die FDP als eine Partei, die sich von alters her mit Sozialpolitik beschäftigt. In der Stilisierung der eigenen Parteigeschichte charakterisierte sich der Freisinn als eine lernfähige, aber gleichzeitig den eigenen Idealen treu bleibende politische Kraft.[14]
Folgt man den verschiedenen Schriften und Zeitungsartikeln zum Thema Sozialliberalismus, so befand sich dessen Position zwischen den beiden Polen freier, ungehemmter Kapitalismus und totalitärer Sozialismus/Kollektivismus. Dies deckt sich mit dem zur gleichen Zeit durch den Nationalökonomen Wilhelm Röpke popularisierten Begriff des «Dritten Weges». Die Schriften Röpkes wurden gerade durch den Freisinn breit rezipiert.[15] Allgemein wurden der Frühliberalismus und die manchesterlichen Laissez-faire-Doktrinen kritisiert, da sie Individualismus und dadurch Proletarisierung und Vermassung förderten und so indirekt den Boden für den Klassenkampf und für die auf eine Totalisierung und Kollektivierung ausgerichteten Ideologien und Staatssysteme bereiteten.[16] In einer 1943 vom Pressedienst des Generalsekretariates der FDP verfassten Schrift zum Thema Freisinn und Wirtschaftsordnung steht zu lesen: Heute sei die Zeit, «für eine sozial

gebundene Wirtschaftsordnung einzustehen, die den Geist der Kameradschaft von Menschen zu Menschen verwirklicht und einer genossenschaftlich-solidaren Gesellschaft des Wirtschaftslebens zum Durchbruch verhilft, unter Wahrung der freien Entfaltungsmöglichkeiten für den wirtschaftenden Menschen.»[17]
Im Erinnerungskanon der FDP nahm die 1848 erfolgte Bundesstaatsgründung einen ganz zentralen Platz ein, wurde damals doch das aus freisinniger Lesart in verschiedenen Bereichen so erfolgreiche Bündnis zwischen dem Nationalstaat Schweiz und dem Freisinn aus der Taufe gehoben. Die politische Entwicklung des Landes, die als eine Erfolgsgeschichte präsentiert wurde, fusse auf den liberalen und freisinnigen Ideen und würde nur durch dieselben ermöglicht. In einer im Oktober 1942 gehaltenen und von der *Neuen Zürcher Zeitung* breit besprochenen Rede bezeichnete der Nationalrat Max Wey die FDP als die eigentliche politische Schrittmacherin.[18] Doch nicht nur in politischen, sondern auch in wirtschaftlichen Belangen waren aus freisinniger Sicht die liberalen Ideen verantwortlich für das Aufblühen und die Prosperität der Schweiz, deren Wirtschaft selbst unter den erschwerten Bedingungen des Zweiten Weltkrieges immer noch funktionsfähig sei.[19] Doch das freisinnige Selbstverständnis mit seiner grossen Affinität zur Wirtschaft musste nun durch eine sozialpolitische Komponente erweitert werden, deren historische Wurzeln tief im freisinnigen Denken verankert zu sein hatten. So schrieb beispielsweise im April 1943 der Pressedienst des Generalsekretariates der FDP unter dem Titel «Liberalismus und Arbeitslosigkeit» 1943 in der *Neuen Zürcher Zeitung:* «Die sozialpolitischen Leitsätze des Genfer Parteitages sind übrigens nicht aus einem Nichts aus dem Boden hervorgestampft worden. Diese Entwicklung lässt sich in der Geschichte der freisinnigen Partei der Schweiz wie ein roter Faden seit Jahrzehnten verfolgen.»[20] Als Wegmarken und eigentliche Früchte freisinniger Arbeit galten im Erinnerungskanon der FDP das 1877 verabschiedete und 1919 durch die Verwirklichung der 48-Stunden-Woche ergänzte Fabrikgesetz sowie die Kranken- und Unfallversicherung von 1912.[21] Über die Realisierung des AHV-Verfassungsartikels von 1925, die gescheiterte AHV-Gesetzesvorlage von 1931 und das im selben Jahr verabschiedete neue Parteiprogramm, das den sozialpolitischen Fragekomplex ausbaute, gelangte man schliesslich zum Parteitag von 1937, an dem Vorkehrungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit befürwortet wurden. Es wurde auch erwähnt, dass der Freisinn bei der Ausarbeitung der Lohn- und Verdienstersatzordnung wesentlich beteiligt war.[22]
Der Schlusspunkt dieser Erinnerungsreise freisinnig-gouvernementaler Politik bildete die durch die Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft 1945 erstellte Broschüre «Die Sozialpolitik des Bundes». Nach Ansicht der *Neuen Zürcher Zeitung* unterstrich die Schrift, «dass sich die Schweiz auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der Sozialfürsorge seit Jahrzehnten lebhaft betätigt hat».[23] Dieses Verdikt über die vollbrachte sozialpolitische Arbeit des Bundes musste für die

FDP von besonderer Bedeutung sein, kam nach ihrem eigenen Verständnis eine Verteidigung des Bundes doch einer Verteidigung des Freisinns gleich.
Diesem kurz skizzierten freisinnigen Erinnerungskanon stand kontrastierend ein Erfahrungsraum gegenüber, der sowohl die freisinnige als auch gesamtschweizerische kollektive Erinnerung massgeblich prägte: Dieser Erfahrungsraum zeichnete sich vor allem durch seine negativen Bezüge aus und war die Negativfolie der Zeit während des Zweiten Weltkrieges. Er konstituierte sich aus den schmerzlichen Erfahrungen der durch den Frühliberalismus provozierten gesellschaftlichen Verwerfungen und der Weltwirtschaftskrise von 1929. Doch am prägendsten waren die traumatischen Ereignisse von 1918 und die daraus resultierenden innenpolitischen Folgen. Antworten auf die Probleme der Zeit während des Zweiten Weltkrieges hatten vor dieser Negativfolie zu bestehen, die Generierung eines positiv besetzten Erwartungshorizontes konnte nur über die aktive Verarbeitung und über den analytischen Einbezug der damaligen Ereignisse gelingen.[24] Die durch die Erinnerung an die schwierige Zeit von 1918 genährten Befürchtungen liessen die Möglichkeit einer Wiederholung der Geschichte entstehen. Klassenkampfszenarien machten wieder die Runde. Gerade darauf musste der Sozialliberalismus Antworten präsentieren, wollte er seiner Funktion als Orientierungsstifter gerecht werden.[25]
Wie bereits erwähnt, dominierten ab 1943/44 die Auseinandersetzungen um das AHV-Projekt die sozialpolitische Debatte, die zugleich wesentlicher Bestandteil der öffentlich geführten Rede über die Nachkriegsordnung der Schweiz war. Dies wirkte sich auch auf die FDP aus: Das zunächst an letzter Stelle des sozialpolitischen Sofortprogramms, über das am Genfer Parteitag von 1943 befunden wurde, aufgeführte Thema AHV genoss nun parteiintern erste innenpolitische Priorität. Dies umso mehr, als aus der Sicht der FDP und der *Neuen Zürcher Zeitung* die Wahlen von 1943 zeigten, dass die SPS ihre Sitzgewinne zu einem grossen Teil der sozialen Frage zu verdanken hatte, die die Bevölkerung stärker gewichtet wissen wollte.[26] Wie argumentierte man bezüglich dieses Sozialwerkes in der FDP und in der dem Freisinn nahe stehenden *Neuen Zürcher Zeitung?*
In einem von der Zeitung besprochenen, im Februar 1944 veröffentlichten bundesrätlichen Bericht wurde ausgeführt, «dass die Notwendigkeit besteht, auch die Nachkriegsprobleme rechtzeitig vorzubereiten. Dies gilt besonders auch von den sozialen Fragen, die sich für unser Land stellen. Im Kreise dieser Fragen spielt die Alters- und Hinterlassenenversicherung, die seit Jahrzehnten diskutiert wird, und für die seit 1925 die verfassungsrechtliche Grundlage bereits besteht, eine sehr wichtige Rolle. Es ist festzustellen, dass sich breite Volkskreise für dieses Problem sehr stark interessieren.»[27] Diese Argumentation übernahm die *Neue Zürcher Zeitung,* verwies in gewohnter Art und Weise auf das am Genfer FDP-Parteitag verabschiedete sozialpolitische Sofortprogramm und auf den Umstand, dass der

Zentralvorstand der FDP unlängst die baldige Verwirklichung der AHV «als eines der wichtigsten Mittel des sozialen Ausgleiches und als eine unerlässliche Voraussetzung des inneren Friedens» bezeichnete.[28] Ähnlich der Eidgenössischen Expertenkommission, die das allgemeine Volksobligatorium, das Bestandteil der AHV sein sollte, als Beleg für die grosse, nationale Schicksalsgemeinschaft verstanden wissen wollte,[29] sprach die *Neue Zürcher Zeitung* im März 1943 davon, dass dieses Sozialwerk nur der «nationalen Solidarität und Opferbereitschaft entspriessen» könne.[30] Es sei Ausdruck eines Gemeinsinns, der Klassen- und Partikularinteressen übersteige. Mit dem Engagement für die AHV bemühte man sich gleichzeitig um die als bedroht geglaubte nationale Solidarität, die während der letzten Jahre durch die allseits anerkannte geistige Landesverteidigung vermittelt worden war. Der freisinnige Sprachgebrauch, der sich um den Begriff des Gemeinwohls gruppierte, suggerierte eine in sich harmonisch geschlossene Gesellschaft, die nicht durch Klassenschranken getrennt wurde. Er korrespondierte mit einem mythisch-national überhöhten Volksgemeinschaftsbegriff, der konstitutiver Bestandteil der geistigen Landesverteidigung war.[31] Er hatte die Aufgabe, die tief im helvetischen Erfahrungsraum verankerte Furcht vor einer möglichen Wiederholung der Ereignisse, die das Ende des Ersten Weltkrieges begleiteten, besänftigen zu helfen.

Im AHV-Abstimmungskampf kam die enge Verknüpfung von sozialer Frage und Demokratie stark zur Geltung. Im freisinnigen Lager und bei der *Neuen Zürcher Zeitung* ging man davon aus, dass ein Negativentscheid grosse innenpolitische Konsequenzen mit sich bringen und dass die Legitimität des bestehenden politischen Systems arg in Mitleidenschaft gezogen würde.[32] Doch durch einen Positiventscheid in Sachen AHV würde sich die helvetische Demokratie nicht bloss als eine soziale Demokratie zu erkennen geben, sondern zugleich die freie Marktwirtschaft legitimieren.[33]

Kurz: In der Argumentationsweise für das Sozialwerk kamen die zentralen freisinnigen Anliegen zum Ausdruck: keine Wiederholung der Ereignisse von 1918, keine Renaissance des Klassenkampfes, dafür eine Stärkung des dem Vokabular der geistigen Landesverteidigung entnommenen Volksgemeinschaftsbegriffs und eine Legitimation der Demokratie und der freien Marktwirtschaft. Dies hatte durch eine stärkere Berücksichtigung der sozialen Frage zu geschehen.[34]

Zur begrifflichen und ideologischen Konstruktion des Sozialliberalismus

Freisinniger Konsens blieb die gerade von Bundesrat Walther Stampfli bei jeder Gelegenheit wiederholte Ansicht, dass die beste Sozialpolitik eine gesunde Wirtschaftspolitik sei.[35] Gegen diese Position bezogen alleine die Jungliberalen

Stellung; sie wollten den Primat der Wirtschaftspolitik zugunsten einer stärker akzentuierten Sozialpolitik brechen. In der FDP herrschte die Meinung vor, dass nach dem Krieg die zentrale Aufgabe einer verantwortungsbewussten Politik nur der Abbau des Staatseinflusses und damit die Wiederinkraftsetzung der eine freie Marktwirtschaft konstituierenden Mechanismen sein könne.[36] Das Bild eines sich durch die freie Preisbildung und über den Mechanismus von Angebot und Nachfrage selbst regulierenden Marktes blieb weiterhin erhalten. Ziel war die Abkehr von einer nachfrageorientierten und damit die Stärkung einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Staatliche Politik wurde in erster Linie als Wettbewerbspolitik verstanden, die einen offenen Markt und die Einhaltung des Konkurrenz- und Wettbewerbsprinzips garantieren sollte.[37] Bezeichnend ist, dass das von Wilhelm Röpke in die wirtschaftstheoretische Diskussion eingeführte Prinzip der Marktkonformität staatlicher Eingriffe im Freisinn auf breite Resonanz stiess. Nach Röpke sind staatliche Eingriffe dann marktkonform, wenn sie «die Preismechanik und die dadurch bewirkte Selbststeuerung des Marktes nicht aufheben, sondern sich ihr als neue ‹Daten› einordnen und von ihr assimiliert werden».[38]

Das hier skizzierte Bild der freisinnigen Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellung muss noch um einige ihm inhärente Prinzipien ergänzt werden. Von zentraler Bedeutung für das liberale Selbstverständnis war das Leistungsprinzip, «dem es zu verdanken ist, dass unser ursprünglich bettelarmes Land sich zu dem heutigen Ansehen entwickeln konnte».[39] Von gleicher Wichtigkeit war das stete Appellieren an die individuelle Selbstverantwortung, die man durch eine Zunahme der staatlichen Sozialpolitik bedroht sah. Daher folgte der Bejahung des AHV-Projekts oftmals die Warnung, dass «der Wille zur Selbstverantwortlichkeit des Bürgers intakt erhalten werden» müsse.[40] Ins selbe Umfeld gehören die klassisch liberalen Tugenden der privaten Initiative und des Privateigentums, die in allen Äusserungen liberaler Politiker zu wirtschafts- oder sozialpolitischen Problemen implizit oder explizit mitschwangen. Der Ansicht Röpkes, dass die Misere des Kapitalismus nicht darin bestehe, «dass die einen Kapital haben, sondern darin, dass die anderen es nicht haben und daher Proletarier sind»,[41] stimmte auch die FDP zu. So wurde denn der Privatbesitz als Naturrecht beschrieben, in dessen Genuss möglichst alle kommen sollten, denn damit würde das mit dem «privatrechtlichen Eigentumsbegriff» verknüpfte «soziale Verantwortungsbewusstsein» gestärkt.[42]

Dem Sozialliberalismus war ein spezifisch «negativer» Freiheitsbegriff eingeschrieben, das heisst, Freiheit verstand man beim Freisinn in erster Linie als Freiheit von etwas. Sie hatte ein Feld abzustecken, das nicht durch staatliche Intervention und Regulierung manipuliert werden durfte.[43] Diese Sicht der Dinge korrespondierte mit der Auffassung, dass der Staat sich nicht in die privatrechtlich

verfasste Wirtschaft einzumischen habe, und trug wesentlich zu der gerade auch im Freisinn festzustellenden Überhöhung des «Eigeninteressens zu einem selbst schon gemeinwohlförderlichen Prinzip»[44] bei. Die Crux dieses Freiheitsbegriffs ist einerseits seine Blindheit für die soziale Ausgangssituation des Individuums und andererseits die ihm eingeschriebene Ansicht, dass der Sozialstaat zum liberalen Rechtsstaat in einem Konkurrenzverhältnis steht. Beim Freisinn war die Klage verbreitet, dass die klassisch-liberalen, individuell verfassten Freiheits- und Partizipationsrechte zugunsten einer stärker korporativen Ausformung der Schweiz eingeschränkt würden. Eine Entwicklung, die nach Ansicht der FDP nicht erst in jüngster Zeit, sondern bereits im 19. Jahrhundert mit der Ausformung der Wirtschaftsverbände begann, die sich zusehends zwischen die politische Gemeinschaft und das Individuum schoben.[45]

Berücksichtigt man die starke Gewichtung des eben beschriebenen Freiheitsbegriffs, die ihm eingeschriebene Betonung des Individualprinzips und stellt man in Rechnung, dass der Primat der Wirtschaft ungebrochen bestehen blieb, so kann es nicht erstaunen, dass im sozialpolitischen Diskurs der FDP selten bis gar nie von Sozialrechten die Rede war. Zumeist blieb man in einem diffusen, mythisch-national überhöhten Vokabular stecken, das stets von neuem den historischen Kontext zu erkennen gab, der erst die Erschaffung neuer Sozialwerke ermöglichte. Die allseits anerkannte Wichtigkeit der sozialen Frage wurde im Freisinn ja vor allem im Zusammenhang mit einer als notwendig erachteten Stärkung der «Volksgemeinschaft» diskutiert.[46] Hierbei war nie von sozial benachteiligten Schichten oder Klassen die Rede, denen staatlich garantierte Sozialrechte zur kollektiven Stärkung ihrer Position im Wirtschaftsprozess zugute kommen sollten. Die damalige soziale Betrachtungsweise der FDP und ihr Denken in Kategorien, die einerseits mittels der starken Betonung des Einzelnen soziale Probleme individualisierten und sie so aus ihrem klassen- oder schichtspezifischen Kontext herauslösten und die andererseits die Individuen in einem einigenden Volksgemeinschaftsbegriff einbetteten, waren nicht direkt mit einem Abbau von sozialen, machtstrukturellen Gegensätzen gekoppelt, sondern liessen in erster Linie den Dienst an der Allgemeinheit in den Vordergrund rücken. So hiess es denn in einer Schrift der FDP: «Die Verteilungsfrage des Sozialprodukts rückt damit automatisch in die zweite Reihe, und das ist gut so, weil es der natürlichen Ordnung entspricht und dem sozialen Gegensatz sofort viel von seiner aktuellen Schärfe nimmt.»[47] Daher spielten finanzielle Quertransfere, die die unterschiedlichen Zugangschancen zum Markt und damit auch die divergierenden Erfolgsaussichten der Menschen teilweise kompensieren sollen, nur eine untergeordnete Rolle.

Sozialliberalismus und AHV

Wo finden sich nun Elemente des Sozialliberalismus im ausgearbeiteten AHV-Projekt? Zu nennen sind einmal die vom Freisinn hochgehaltenen Leistungs- und Selbstverantwortungsmaximen, die zu wesentlichen Pfeilern des Versicherungswerks wurden. Diese Prinzipien wurden von einer über zwei divergierende Seiten verfügenden Solidaritätskonzeption flankiert, der sowohl in den Reden der FDP als auch in der gesetzlichen Ausformulierung des AHV-Projekts eine grosse Bedeutung zukam: Beruhte die eine Seite auf den gewollt hierarchischen Strukturen des sozialen Status quo, so suggerierte und förderte die andere die nationale Geschlossenheit und Einigkeit. Es kam zu einem Nebeneinander von hierarchischen und horizontalen Solidaritätsformen, die auf der einen Seite Gesellschaftsschranken bestätigten, um auf der anderen Seite dieselben mit Hilfe des Volksgemeinschaftsbegriffs zu harmonisieren und zu transzendieren. Die These ist die, dass schliesslich der hierarchischen gegenüber der horizontalen Solidaritätsform ein grösseres Gewicht zukam, was sich schon an der auch für damalige Verhältnisse mageren finanziellen Bemessung der Renten ablesen lässt.[48] Die wesentliche Solidaritätsleistung, die die Schöpfer der AHV einforderten, war nicht die wirtschaftliche Solidarität, die Solidarität zwischen Arm und Reich, sondern bloss die Solidarität der Generationen. Ganz zu schweigen davon, dass die Geschlechtersolidarität, die ebenso proklamiert wurde, nur auf dem Papier bestand.[49] So gesehen war die im AHV-Projekt verwirklichte Verschränkung von Versicherungs- und Solidaritätsprinzip nicht ausgewogen. Dem Versicherungsprinzip, das dem Gedanken der Selbstverantwortung Rechnung tragen sollte und dem gerade beim Freisinn grosse Bedeutung beigemessen wurde, kam erste Priorität zu.[50] Dadurch, dass höhere Beitragsleistungen zu einem generell höheren, wenn auch gegen oben begrenzten Versicherungseinkommen berechtigten, sollten die Eigenverantwortung und der wirtschaftliche Anreiz erhalten bleiben. Gerade hier zeigt sich der zentrale Einfluss, den das freisinnige Gedankengut auf die Ausgestaltung des Sozialwerks hatte.

Schlussbemerkungen

Mit dem Brüchigwerden der geistigen Landesverteidigung und dem darin enthaltenen Regelkonsens in den 1940er-Jahren geriet die FDP in die Defensive, was sich in ihren Orientierungsproblemen und in ihrem Bemühen um historische Sinnbildung widerspiegelte. Der Sozialliberalismus war ein Produkt der in diesem Zusammenhang einsetzenden kommunikativ verfassten Lern- und Interpretationsprozesse. Er war jedoch nicht der Ausdruck eines freisinnigen Gesinnungswandels,

der die spezifische Situation der 1940er-Jahre überdauerte. Dies lässt sich an mehreren Orten verdeutlichen: Wie die Analyse zeigt, war die normative Verfassung des Sozialliberalismus an entscheidenden Stellen Status-quo-orientiert. Erinnert sei nur daran, dass finanzielle Transferzahlungen nur eine untergeordnete Rolle spielten. Entscheidend hierbei war sicherlich auch die Vorstellung, dass der Staat nur via marktkonforme Eingriffe in den Wirtschaftsprozess intervenieren darf. Der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich bezeichnete gerade dieses Prinzip der Marktkonformität als «vitalpolitischen Sündenfall». Denn die Eigenlogik des Marktes bleibt unangetastet.[51] Diese Haltung ging bereits in die Konzeptualisierung des AHV-Projekts ein: So kam aus freisinniger Sicht diesem Versicherungswerk in erster Linie ein hoher symbolischer Wert zu, der sich nicht direkt auf die machtstrukturelle Zusammensetzung der Gesellschaft auszuwirken hatte. Über diesen symbolischen Gehalt konnte sich die helvetisch-liberale Demokratie als eine soziale darstellen, ohne gleichzeitig spürbare Eingriffe in die Einkommens- und Vermögensverteilung der Bevölkerung vornehmen zu müssen. Dieser stark defensive Zug hatte auch Auswirkungen auf die finanzielle Bemessung der Renten, die sich sehr bescheiden ausnahmen, und er wirkte noch bis Ende der 1950er-Jahre nach. Trotz eines nie gekannten Wirtschaftswachstums, das schon bald nach Kriegsende einsetzte, und trotz des alle Prognosen und Berechnungen bei weitem übertreffenden Anwachsen der für die AHV reservierten Gelder standen bei den vier in den 1950er-Jahren vorgenommenen Revisionen eher «finanzielle und finanzpolitische Betrachtungen als soziale Postulate» im Vordergrund.[52] Erst die Übernahme des Eidgenössischen Departements des Innern Ende 1959 durch den Sozialdemokraten Hans Peter Tschudi brachte hier die Wende, und es kam zu einem Ausbau des Sozialwerkes und zu einer starken Erhöhung der Renten.

Anmerkungen

1 Kurt Imhof, «Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung. Von der ‹Volksgemeinschaft› vor dem Krieg zum Streit über die ‹Nachkriegsschweiz› im Krieg», in: Kurt Imhof et al. (Hg.), *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit,* Bd. 2, Zürich 1996, S. 51 f.

2 Kurt Imhof, «Lernen von Aussen? Oder: die Betrachtung des Irrationalen als Voraussetzung für Vernunft. Programmatische Mutationen in der Krise der 30er Jahre», in: Kurt Imhof et al. (Hg.), *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit,* Bd. 1, Zürich 1993, S. 290 f.

3 Gerade in der *Neuen Zürcher Zeitung* und in den Schriften des Pressedienstes des Generalsekretariates der FDP wurde das neue Programm der SPS und die daraus sich ergebenden Konsequenzen für die Parteilandschaft Schweiz breit diskutiert. Siehe hierzu «Soziale Demokratie», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 1564, 2. 10. 1942; «Sozialdemokratische Zukunftsträume», *Pressedienst des Generalsekretariates der FDP,* Nr. 561, 1. 2. 1943.

4 «Wettrennen um die Volksgunst», *Pressedienst des Generalsekretariates der FDP,* Nr. 582, 4. 3. 1943.

5 Aus der Sicht der *Neuen Zürcher Zeitung* wurde in der Lohn- und Verdienstersatzordung «in vorbildlicher Art und Weise der Grundsatz der geschlossenen Solidarität des ganzen Volkes zugunsten der mobilisierten Mitbürger verwirklicht». Vgl. dazu «Von der Parole zur Wirklichkeit», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 404, 8. 3. 1944.

6 Der FDP-Parteitag vom 10./11. April 1943, der in Genf stattfand, stand ganz im Zeichen der Sozialpolitik und der National- und Ständeratswahlen vom Herbst 1943.

7 Esther Kamber, «Medienereignishierarchien 1930–1960, Neue Zürcher Zeitung, Tages-Anzeiger, Tagwacht, Vaterland», in: Imhof (wie Anm. 1), S. 264.

8 Siehe auch Imhof (wie Anm. 1), S. 76.

9 Zum weiteren theoretischen Hintergrund siehe Hansjörg Siegenthaler, *Regelvertrauen, Prosperität und Krisen,* Tübingen 1993; Ders., «Entscheidungshorizonte im sozialen Wandel», *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte,* vol. 33 (1983), S. 414–431; Philipp Ischer, *Orientierungsprobleme der FDP. Die Genese des Sozialliberalismus und die Rolle der AHV-Diskussion im freisinnigen Selbstfindungsprozess der 1940er Jahre,* Lizentiatsarbeit Zürich 2000, S. 12–27.

10 Wilhelm Röpke, *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart,* Zürich 1942, S. 43.

11 Alfred Schaller, «Grundsätze und Aufgaben schweizerischer Sozialpolitik», *Schriften der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz. Im Dienste unseres Volkes. Die politische Arbeit und die sozialen Forderungen der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz* 44 (1943), S. 62.

12 Schaller (wie Anm. 11), S. 63.

13 Zur Bedeutung kommunikativ verfasster Lernprozesse bei der Orientierungssuche siehe Hansjörg Siegenthaler, «Hirtenfolklore in der Industriegesellschaft. Nationale Identität als Gegenstand von Mentalitäts- und Sozialgeschichte», in: Guy P. Marchal, Aram Mattioli (Hg.), *Erfundene Schweiz. Konstruktion nationaler Identität,* Zürich 1992, S. 28. Auf die Rolle, die die Genese neuen historischen Sinns bei der Reparierung von beschädigtem Orientierungswissen spielt, verweist vor allem Jörn Rüsen, «Was ist Geschichtsbewusstsein? Theoretische Überlegungen und heuristische Hinweise», in: Ders., *Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewusstseins, sich in der Zeit zurechtzufinden,* Köln 1994, S. 6 ff.

14 «Sozialer Freisinn», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 1610, 15. 10. 1943, «Liberalismus und Arbeitslosigkeit», *Pressedienst des Generalsekretariates der FDP,* Nr. 597, 30. 4. 1943.

15 Zur Rezeptionsgeschichte von Wilhelm Röpke siehe Katharina Bretscher-Spindler, *Vom Heissen zum Kalten Krieg. Vorgeschichte und Geschichte der Schweiz im Kalten Krieg 1943 bis 1968,* Zürich 1997, S. 37 ff.

16 Röpke (wie Anm. 10), S. 88; «Arbeitsrecht», *Pressedienst des Generalsekretariates der FDP,* Nr. 636, 9. 9. 1943.

17 «Freisinn und Wirtschaftsordnung», *Pressedienst des Generalsekretariates der FDP,* Nr. 662, 19. 10. 1943.

18 «Der Freisinn in Gegenwart und Zukunft», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 1719, 27. 10. 1942.

19 «Der Freisinn in Zeit und Streit», *Pressedienst des Generalsekretariates der FDP,* Nr. 563, 26. 11. 1942.

20 «Liberalismus und Arbeitslosigkeit», *Pressedienst des Generalsekretariates der FDP,* Nr. 597, 30. 4. 1943.

21 «Sozialer Freisinn», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 1610, 15. 10. 1943.

22 Fridolin Zweifel, «Die neuere Entwicklung des Sozialliberalismus», *Politische Rundschau,* Heft 3/4 (1943), S. 124 ff., «Bundesrat Stampfli über die sozialen Zukunftsaufgaben der Schweiz», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 987, 23. 6. 1943.

23 «Die Sozialpolitik des Bundes», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 1135, 24. 7. 1945.

24 Siehe dazu die Argumentationsweise in «Ein historischer Parteitag», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 1629, 18. 10. 1943.

25 Die Bedeutung, die den Ereignissen von 1918 auch während des Zweiten Weltkriegs noch zukam, umschreibt André Lasserre wie folgt: «1918 ist nicht geschichtliche Erinnerung, es ist gelebte kollektive Erinnerung.» (Ders., *Schweiz: Die dunkeln Jahre. Öffentliche Meinung 1939–1945,* Zürich 1992, S. 428.)

26 «Eidgenössische Ausmarchung im fünften Kriegsjahr», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 1724, 2. 11. 1943.
27 «Eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung. Ein Antrag des Bundesrates», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 224, 8. 2. 1944.
28 «Von der Parole zur Wirklichkeit», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 404, 8. 3. 1944.
29 «Alters- und Hinterlassenenversicherung. Der Bericht der Eidgenössischen Expertenkommission», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 503, 29. 3. 1945.
30 «Von der Parole zur Wirklichkeit», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 404, 8. 3. 1944.
31 Zum Volksgemeinschaftsbegriff der geistigen Landesverteidigung siehe Josef Mooser, «Die ‹Geistige Landesverteidigung› in den 1930er Jahren. Profile und Kontexte eines vielschichtigen Phänomens der schweizerischen politischen Kultur in der Zwischenkriegszeit», *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 47 (1997), S. 685–708; Oliver Zimmer, «Die ‹Volksgemeinschaft›. Die Entstehung und Funktion einer nationalen Einheitssemantik in den 1930er Jahren in der Schweiz», in: Imhof (wie Anm. 1), S. 85–109.
32 «Der Alters- und Hinterlassenenversicherung entgegen», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 1496, 5. 10. 1945.
33 «Die Altersversicherung und die freie Wirtschaft», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 1303, 4. 7. 1947.
34 Siehe dazu die Rede von Bundesrat Stampfli, «Die Altersversicherung vor dem freisinnigen Parteitag», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 787, 15. 5. 1945.
35 Walther Stampfli, in: *Schriften der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz. Im Dienste unseres Volkes,* Nr. 44 (1943), S. 72.
36 «Wirtschaftliche und soziale Probleme der Nachkriegszeit. Vortrag von Bundespräsident Walther Stampfli», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 124, 23. 1. 1944.
37 Freisinnige Partei des Kantons Zürich (Hg.), *Freiheit für unsere Zeit,* Zürich 1946, S. 28; Gustav Egli, in: *Schriften der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz. Die Arbeitnehmer und die «Neue Schweiz»,* Nr. 49 (1944/45), S. 16.
38 Röpke (wie Anm. 10), S. 259.
39 «Der Freisinn in Gegenwart und Zukunft», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 1719, 27. 10. 1942.
40 «Der Genfer Parteitag», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 604, 13. 4. 1943; siehe auch Freisinnige Partei des Kantons Zürich (wie Anm. 37), S. 45.
41 Röpke (wie Anm. 10), S. 287.
42 Egli (wie Anm. 37), S. 6 f.
43 «Wirtschaft und Kultur», *Pressedienst des Generalsekretariates der FDP,* Nr. 719, 20. 3. 1944. Zur genaueren Bestimmung des Freiheitsbegriffs siehe Isaiah Berlin, «Zwei Freiheitsbegriffe», in: Ders., *Freiheit. Vier Versuche,* Frankfurt a. M. 1995 (1969), S. 207 f., und Charles Tayler, «Der Irrtum der negativen Freiheit», in: Ders., *Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus,* Frankfurt a. M. 1995 (1988), S. 119.
44 Peter Ulrich, *Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie,* Bern etc. 1997, S. 165.
45 «Rechtsstaat und Sozialstaat», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 1308, 23. 7. 1946.
46 «Ein historischer Parteitag», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 1629, 18. 10. 1943.
47 *Schriften der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz. Grundlagen, Wesen und Ziele der Freisinnig-demokratischen Partei,* Nr. 48 (1944/45), S. 25.
48 Jürgen H. Sommer, *Das Ringen um die soziale Sicherheit in der Schweiz. Eine politisch-ökonomische Analyse der Ursprünge, Entwicklungen und Perspektiven sozialer Sicherheit im Widerspruch zwischen Gruppeninteressen und volkswirtschaftlicher Tragbarkeit,* Dissenhofen 1978 (Reihe Arbeits- und Sozialwissenschaft 1), S. 218 f.
49 Christine Luchsinger, *Solidarität, Selbständigkeit, Bedürftigkeit. Der schwierige Weg zu einer Gleichberechtigung der Geschlechter in der AHV 1939–1980,* Zürich 1995, S. 181.
50 «Die Aufgabe», *Neue Zürcher Zeitung,* Nr. 1093, 6. 6. 1947.
51 Ulrich (wie Anm. 44), S. 355.
52 Sommer (wie Anm. 48), S 287 f.